

Haushaltsberatung 2010/2011

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Mönchengladbach

Dr. Anno Jansen-Winkeln

Sperrfrist: 22. September 2010, 15.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

auch ich möchte an den Anfang meiner Rede den Dank stellen. Dank an den Oberbürgermeister, der dieses umfangreiche Werk vorgelegt hat, an den Kämmerer, der es aufgestellt hat und natürlich auch an die Mitarbeiter der Kämmerei, die diese Sisyphusarbeit bewältigt haben. Danke!

Ich habe viele Antworten gehört in der letzten Stunde.

Aber ... welche Fragen wurden eigentlich beantwortet?

Ich möchte mich in den nächsten Minuten noch einmal mit den **wichtigen Fragen**, die uns bewegen sollten, beschäftigen. Ich mache dies auch angesichts der Bürgerinnen und Bürger, die Vieles an dem ritualisierten Beratungsprozedere des Rates nicht verstehen – ja nicht verstehen können
möglichst systematisch.

Beginnen wir mit der Grundfrage:

Mit was beschäftigen wir uns hier überhaupt?

Meine Damen und Herren,

wir alle haben in den letzten Monaten eigentlich 3 unterschiedlich zu behandelnde Werke beraten. Die investiven Ausgaben, wie z. B. Straße, Schulen und Fahrzeuge

- 1 die konsumtiven Ausgaben, wie Löhne, die Stromrechnung der Stadt oder Sozialausgaben und
- 2 das HSK, ein Sparpaket in dem Aufträge mit Finanzwirksamkeit an die Verwaltung gesammelt sind.

Was ist unsere gesetzlich definierte Aufgabe als Rat der Stadt?

Die Verwaltung hat uns einen Haushalt vorgelegt, der bei 1135 Mio. €Schulden startet. Da packen wir dann für 2010 **157 Mio.** und für 2011 **169 Mio.** als ausgewiesenes Finanzierungslücke oben drauf.

Klar gesetzlich definiertes Ziel ist es jedoch, keine neuen Schulden zu machen und von den alten Schulden etwas abzubauen. Wir machen einfach Schulden für unsere Kinder, ohne sie um

Zustimmung gefragt zu haben. Wir leben zulasten der Zukunft auf Pump. Ich stelle fest, dass es keinen einzigen Vorschlag in diesem Haus gibt, der dazu geeignet ist, dieses gesetzliche Ziel des Schuldenabbaus zu erreichen. Das führt mich zur nächsten generellen Frage:

Ist es überhaupt möglich, keine neuen Schulden zu machen?

Klare Antwort: Nein! Nach den wissenschaftlichen Analysen führender Volkswirte, die sich mit dem Thema der Kommunalverschuldung beschäftigen, ist dies nicht möglich. Die Aufgaben, die kreisfreie Städte zu erbringen haben, sind nicht durch die Einnahmen auf heutigem Niveau zu gedeckt. 2010 erwarten die kommunalen Spitzenverbände 15 Mrd. Schuldenzuwachs in den Kommunen.

Wie kann das sein, fragt sich der Bürger auf der Strasse und -war das immer schon so?

Auch hier ein klares: Nein! Meine Damen und Herren, die Strukturen sind in den letzten 20 Jahren deutlich zu Lasten der Kommunen verschoben worden.

Der Bund erfindet Harz 4 und zieht sich dann beispielsweise Stück für Stück aus den Kosten zur Unterkunft zurück und überlässt das Bezahlen den Kommunen. Bund und Land schenken den Menschen den Anspruch auf die U3-Betreuung und lassen uns dieses Geschenk bezahlen.

Jüngstes Beispiel Personalausweis: Der Bund führt einen neuen Ausweis ein, den die Stadt ausstellen muss – allerdings legen wir vor Ort 10 € an Kosten pro Stück oben drauf. Ich bin 15 Jahre Mitglied dieses Rates, und es vergeht kein Jahr, in dem nicht 2 oder 3 solcher systembedingter Verschlechterungen eintreten. Das hat dazu geführt, dass die Seite der Ausgaben – und ich wiederhole noch einmal aufgrund der Systemverschiebungen durch Bund und Land – die Seite der Einnahmen deutlich übersteigt.

Und daran haben alle Parteien gleichermaßen schuld, denn in den 15 Jahren haben alle schon mal mitregiert und Keiner hat es geändert.

Kann man das durch radikales Sparen kompensieren?

Ebenfalls ein Nein! Wenn wir alle freiwilligen Ausgaben einstellen, das Theater, das Orchester, die Museen und die Schwimmbäder schließen -und das ist die eigentliche Konsequenz wenn jemand sich hier vorne hinstellt und ständig behauptet, das Problem sei hausgemacht -dann würde selbst das nicht ausreichen, um die Finanzierungslücke zu schließen.

Können wir jetzt nicht nach Hause

gehen? Müssen wir trotzdem handeln?

Nun an dieser Stelle könnte man tatsächlich aufhören mit der Haushaltsrede. Ich sage dennoch ... **JA, wir müssen handeln.**

Wir sind moralisch verpflichtet, diesen aussichtslosen Kampf zu führen weil es keine Alternative gibt. Und es geht hier nicht um die Einhaltung einer abstrakten Vorschrift. Es geht um nichts weniger als um die Zukunft unseres Staatssystems und um die Zukunft unserer Kinder. Das Herausschieben des Überschuldungszeitpunktes gibt uns die Möglichkeit, mit Bund und Land nach Lösungsansätzen zu suchen. Bekommen wir das Problem nicht in den Griff, wird das System kollabieren – siehe Griechenland.

Was also können wir tun?

Dies ist für die 3 Haushaltsbereiche sehr unterschiedlich zu beantworten.

Fragen wir uns also zuerst:

Was ist im investiven Bereich zu tun?

Am unkritischsten ist der Investitionsbereich, auch wenn dieser **fälschlicherweise** politisch immer am stärksten diskutiert wird. Hier tausche ich **Geld in Sachwerte**, z.B. 4 Mio. € in eine 4-spurige Korschenbroicher Straße.

Langfristig betrachtet gilt: Je produktiver dieser Sachwert ist, desto eher sollten wir ihn uns leisten. So haben wir z.B. den Ansatz für Energiesparmaßnahmen, den die FDP vor Jahren eingeführt hat, erneut gesteigert.

Das kostet zwar jetzt Geld, entlastet uns aber langfristig. Diese Investitionen sind aber auch eine starke **politische Botschaft** und ein Aufruf zur Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik.

Ein zweites Beispiel für eine produktive Investition ist das Gewerbegebiet Trabrennbahn, das wir anstoßen. Durch die Investitionen kann totes Kapital in Form von Grundstücken, die heute keinen Ertrag bringen, gehoben werden. Hinzu kommen mittelfristig zusätzliche Erträge aus Gewerbesteuer sowie Einsparungen bei den Sozialhilfekosten, wenn durch Neuansiedlungen neue Arbeitsplätze

geschaffen werden.

Lassen sie mich an dieser Stelle einschieben, dass der investive Bereich gedeckelt ist. Hier sind also die möglichen Investitionen begrenzt. Deshalb hat die Ampel auch lediglich Verschiebungen in diesem Bereich vorgenommen. Kein Euro wurde mehr ausgegeben, wer etwas anderes behauptet lügt entweder oder sollte sich vielleicht einmal einen Taschenrechner leisten.

Dennoch gilt, dass wir es hier nur mit einem Tausch in der Bilanz zu tun haben – Geld gegen Ware

Deshalb ist dies zumindest **kurzfristig** im Hinblick auf unseren **Schuldenstand** vollkommen unerheblich. An dieser Stelle läuft auch die Kritik der Opposition vollkommen ins Leere. Natürlich kann man dagegen sein, dass 2 Hauptschulen mittelfristig vom Netz genommen werden und dafür eine Gesamtschule etabliert wird. Die Anmeldezahlen an Gesamtschulen und Hauptschulen sowie die bedarfsgerechte Lage im Zentrum der Stadt sprechen für unsere Lösung, aber ja -man kann **politisch** dagegen sein. Aber nicht aus bilanziellen Gründen.

Denn den Schuldenstand erhöht diese Ausgabe nicht, denn Sie tauschen hier nur Geld gegen Sachwert in der Bilanz.

Und Sie, Herr Schlegelmilch, als Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens wissen dies ganz genau.

Meine Damen und Herren,

Schauen wir auf den 2. Bereich und fragen:

Was läuft im konsumtiven Bereich ab? Wie können wir die konsumtiven Ausgaben beeinflussen?

Sie alle wissen: der konsumtive Bereich ist der wesentliche Bereich des Haushaltes. Hier sitzt die enorme Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Was ist mit der Ausgabenseite?

Bei den Ausgaben gibt es im Wesentlichen 2 Kostenarten. Erstens die Transferleistungen. Die sind gesetzlich geregelt und in keiner Weise von uns zu beeinflussen. Zweitens eine Unzahl von Aufgaben, die die Stadt erledigt. Auch hiervon sind viele gesetzlich fixiert.

Hier können wir aber immerhin beeinflussen, in welcher Art und in welchem Umfang wir diese

Aufgaben erfüllen. Politik muss an dieser Stelle die Frage beantworten, welcher Standard für den Bürger machbar und bezahlbar ist. In diesem Zusammenhang steht auch der verabschiedete Stellenplan, der ja klar beantwortet, welche Aufgaben gemacht werden sollen und welche nicht. Wer hier die Stellenausweitung kritisiert,

Herr Schlegelmilch, muss auch sagen, welchen Teil des Bürgerservices er gerne streichen möchte. Was halten Sie denn für entbehrlich, Herr Schlegelmilch?

Wollen Sie nur noch zwei zentrale Anlaufstellen für Ausweise oder längere Wartezeiten in der Zulassungsstelle? Wollen Sie weniger U3-Betreuung oder riskieren Sie lieber das Leben der Bürger durch eine Unterbesetzung bei der Feuerwehr?

Sie sprechen in Ihrer Haushaltsrede von unnötigen Stellenmehrungen. Den einzigen detaillierten Antrag, den Sie hierzu aber in den gesamten Haushaltsberatungen zum Stellenplan gestellt haben, war im Jugendhilfeausschuss.

Und da hat Herr Stevens gefordert, eine zusätzliche Stelle zu schaffen.

Wirklich ein toller Beitrag!

Die FDP hingegen bekennt klar Farbe. Wir können nachvollziehen, dass ca. 70 Stellen aufgrund gesetzlicher Vorgaben neu geschaffen werden müssen.

Und wir stehen auch zu den Umschichtungen, bei denen 50 Stellen gestrichen und etwa 25 andere geschaffen werden. Bei einem Betrieb mit über 2000 Mitarbeitern eine nur geringe Bewegung innerhalb der notwendigen Aufgabenerledigung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht ergeben sich zusätzliche Spielräume, wenn man das Thema Gebäude der Stadt einmal sehr grundsätzlich angeht.

Das Beispiel der Santander-Bank vor Augen, die durch bauliche Vorgaben andere Formen der Zusammenarbeit geschaffen hat, -sehr effektive und moderne Formen -haben wir Geld bereitgestellt, um durch externes Know-how hier neue Vorschläge erarbeiten zu lassen.

Diesen neuen Ansatz fordern wir seit 5 Jahren – die Verwaltung kann das aber offensichtlich aus sich heraus nicht leisten. Auswirkung einer wirklich effektiven Nutzung städtischer Gebäude könnten wesentliche Ersparnisse im konsumtiven Bereich sein. Dies gilt nicht nur für Personalkosten, sondern natürlich auch für die Energie- und Instandhaltungskosten!

Während die Ampel durch diesen und weitere Ansätze Sinnvolles beiträgt, ist von Ihren Ankündigungen Herr Schlegelmilch in der RP, ich zitiere: „wir werden eigene Vorschläge einbringen, wie der Haushalt saniert werden kann,“ nichts übrig geblieben. Nichts als eine von vielen Ihrer populistischen Sprechblasen.

Verlassen wir die Ausgaben und fragen:

Was ist mit der Einnahmenseite?

Ich habe mir ernsthaft die Frage gestellt, ob hier nicht die Lösung liegen könnte.

Und Ja, das könnte Sie.

Grund und Gewerbesteuer müssten dazu um 540 Punkte auf etwa **1000 Punkte steigen**, Das ist mehr als eine Verdoppelung.

Im Grunde würde dies sogar einen gewissen Sinn machen, wir würden nämlich über Umwege mit der Maßnahme Bund und Land tief in die Tasche greifen. Wir würden uns ein Stück von dem zurückholen, was man uns Jahr für Jahr gestohlen hat. Aber würde die Stadt Mönchengladbach dies isoliert tun, wären wir als Standort für Wirtschaft und zum Wohnen tot. Spätestens innerhalb von 5 Jahren würde das, was wir kurzfristig an Einnahmen gewinnen, durch Abwanderung und daraus entstehenden Einnahmeverlusten kompensiert werden.

Das Erhöhen von Gewerbe- und Grundsteuer macht deshalb so lange keinen Sinn, wie dies nicht absolut synchron durch alle Kommunen NRWs erfolgt.

Würde es gelingen, eine solche Allianz aller Kommunen zu schmieden, hätten Sie mich an Ihrer Seite. So lange dies nicht gelingt und die **Gewerbe und Grundsteuer ein Standortfaktor** ist, bin ich stolz darauf, dass die FDP es nun seit vielen Jahr geschafft hat, dass diese Steuern nicht erhöht werden.

Meine Damen und Herren,

Kommen wir zum letzten Teil des Haushalts und fragen uns:

Welche Bedeutung hat das HSK?

Im HSK hat die Verwaltung all jene Vorschläge gesammelt, in denen sie noch realistische Einsparpotentiale und wesentliche Einnahmequellen erkennen kann. Hier geht es nicht etwa um ein

in sich deckungsfähiges Werk wie Herr Schlegelmilch uns eben unsinnigerweise weiszumachen versucht hat, sondern in der Hauptsache beziehen sich die Sparmaßnahmen auf die konsumtiven Ausgaben der kommenden Jahre.

177 Vorschläge legt die Verwaltung vor und damit das größte Einsparpaket in der Geschichte Mönchengladbachs. Aus meiner Sicht ist es unbedingt notwendig, vor allem und genau zu diesen Vorschlägen eine Haltung zu entwickeln.

Hierin stecken die Antworten für die weitere Entwicklung der Verwaltung und der Stadt. Hierin stecken all die Gretchenfragen, die Entscheidungsträger zu beantworten haben. Wie halte ich es mit dem ÖPNV, wie entwickeln sich die Parkgebühren, welche Eintrittsgelder sind zumutbar, wie halte ich es mit der Bereitstellung von Friedhöfen, Brunnen, Toiletten und Bädern und stelle ich Sportstätten umsonst zur Verfügung.

Die Ampel hat in wochenlangen Beratungen – ja, da war es notwendig mit Zeit und Sorgfalt vorzugehen -um jeden der 177 Sparvorschläge gerungen. Wir haben abgewogen, was aus Sicht des Bürgers **verkraftbar ist und was nicht zumutbar ist.**

125 Sparvorschlägen der Verwaltung geben wir unser Ja, in 52 Fällen schlagen wir Ihnen vor, von den Vorstellungen der Verwaltung abzuweichen.

Wir machen mit dieser Standortbestimmung und mit der Vorlage des Antragsbuches in eindrucksvoller und noch nie dagewesener Art und Weise deutlich, dass die Ampelkoalition entgegen den Prognosen der selbsternannten Propheten gut funktioniert.

In jedem einzelnen Fall können wir das genau begründen. So werden wir beispielsweise keine Sportstättennutzungsgebühren einführen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Aber wir denken, dass es auch aus Sicht der Vereine großen Sinn macht, die Vergabe der Belegungszeiten effektiver und gerechter vorzunehmen. Mit diesem Beschluss erhalten die Vereine einerseits Sicherheit, andererseits die Mitverantwortung für eine optimale Ausnutzung unserer Sportstätten.

Der FDP war es z.B. auch wichtig, von vorneherein die vorgeschlagene Streichung der Weihnachtsbeihilfe abzulehnen.

Ganz im Gegenteil haben wir die Maßnahme dahin erweitert, mögliche private Sponsoren zu gewinnen. Zusätzliches Sponsoring entspringt unserer Geisteshaltung von einer Bürgergesellschaft, in der die Starken die Schwachen unterstützen können.

Meine Damen und Herren,

Auch nach unseren Veränderungen bleiben noch Millionen an Sparpotential übrig. Mehr ist aus unserer Sicht dem Bürger nicht zumutbar.

Ich denke, damit hat die Ampel einen guten Job gemacht.

Wir haben die notwendigen Abwägungen getroffen und auch teilweise neue Lösungsansätze vorgelegt, die von den manchmal etwas einseitigen Verwaltungsvorstellungen abweichen.

Tief enttäuscht, meine Damen und Herren, Ja wirklich tief enttäuscht bin ich darüber, dass es außer der Ampel offensichtlich nur die LINKE für notwendig erachtet hat, sich mit den Vorschlägen der Verwaltung im HSK auseinander zu setzen.

Die CDU lehnt das HSK einfach ab, ohne im Detail zu den 177 Vorschlägen Stellung zu nehmen. Heißt Ihre Botschaft, Sie wollen die notwendigen Einsparungen nicht machen, Sie lehnen das Millionen-Sparpaket ab?

Halten Sie Sparen nicht für notwendig. Ist Ihnen das zu unpopulär?

Oder geht Ihnen das Sparpaket nicht weit genug?

Das kann nicht sein, denn dann hätten Sie ja eigene und weitere Anträge einbringen müssen. Dann hätten sie ja Farbe bekennen müssen, wo Sie Sparpotential sehen.

Sie haben aber keinen einzigen solchen Antrag zum HSK vorgelegt. Oder lehnen Sie nur das HSK ab, weil die Ampel in 52 Fällen sagt, hier geht Sparen zu weit?

Dann hätten Sie aber im Finanzausschuss, Hauptausschuss und hier beantragen müssen, das HSK in der vom Oberbürgermeister vorgelegten Form abzustimmen.

Aber nein. Auch diese Haltung vertreten Sie ja nicht, denn Sie wollen ja genau wie die Ampel keine Steuererhöhung von Grund- und Gewerbesteuer oder eine Reduzierung der Bezirksverwaltungsstellen.

Nein es wird etwas ganz anderes deutlich: Sie teilen sich selber die Position des kleinlichen Nörglers zu: **niemals einen eigene Position beziehen, aber an allem herumkritisieren.**

Sie lehnen die Verantwortung, die jedes Mitglied dieses Rates zu tragen hat, nicht nur ab, Sie haben dies sogar in öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses wörtlich gesagt. Roosevelt hat gesagt, „erleichtere nicht meine Bürde, sondern stärke meinen Rücken, sie zu tragen“.

Vielleicht sollten Sie einmal über diesen Satz nachdenken, während Sie in Ihrer selbst gewählten Ecke stehen und sich in dem kindlichen Versuch, nicht gefunden zu werden, die Augen zuhalten.

Warum wird die FDP diesen Haushalt tragen?

Der Investive Bereich ist so, dass er die Stadt nach vorne bringt. Ihn abzulehnen hieße die Zukunftsfähigkeit auf Spiel zu setzen.

Der konsumtive Bereich ist zu 95% fixiert. Hier gibt es keine Alternativen.

Und die 5%, die wir beeinflussen können, gehen durchaus in die richtige Richtung. Zugegeben, das ist nicht „1 zu 1“ FDP, aber unsere Handschrift bleibt wie in der Vergangenheit deutlich zu erkennen.

Wir erhalten unsere oberzentralen Strukturen und bleiben bei konkurrenzfähigen Steuersätzen für die Grund- und Gewerbesteuer.

Gleichzeitig verlangen wir dennoch vom Bürger schmerzliche Einschnitte. Dies kommt im HSK an vielen Stellen zum Ausdruck. Das Sparpotential, das wir hier absegnen, absegnen müssen, umfasst einen zweistelligen Millionenbetrag.

Wir werden damit der Verantwortung, die wir als Rat der Stadt Mönchengladbach zu tragen haben erneut gerecht. Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren: Machen Sie es wie die FDP.

Werden auch Sie der Verantwortung des Rates gerecht. Sagen Sie JA zu diesem Haushalt.